

VERBÄNDE AKTUELL

Mehrheit der Befragten für 7 Prozent



Motivbild: www.pixabay.com

Die Änderung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie von sieben auf 19 Prozent zum 1. Januar 2024 stößt in der Bevölkerung auf breite Ablehnung. Das ergab eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA im Auftrag des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Bundesverband). Mehr als zwei Drittel (67,7 Prozent) der Befragten bewerten die Maßnahme als ungerechtfertigt.

Besonders betroffen von der Erhöhung der Mehrwertsteuer sind Menschen mit geringerem Einkommen, die nun seltener gastronomische Angebote nutzen. Die neue INSA-Studie belegt zudem die große Bedeutung von Restaurants, Wirtshäusern und Biergärten für die Lebensqualität jedes Einzelnen als auch für Städte und Gemeinden. 82,7 Prozent der Befragten würden es bedauern, wenn gastronomische Betriebe in ihrer Region schließen müssten. „Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache“, kommentiert DEHOGA-Präsident Guido Zöllick. „Eine einheitliche Besteuerung von Essen mit 7 Prozent Mehrwertsteuer ist nur fair und gerecht. Es geht um die Zukunft unserer Restaurants und Wirtshäuser und damit um den Erhalt der kulinarischen Vielfalt in unserem Land.“ Die Gastronomie sei nicht nur ein starker Wirtschaftsfaktor, sondern habe auch eine hohe Relevanz für die Gemeinschaft. „Unsere Betriebe sind wichtige Orte der Begegnung, des Austausches und des Miteinanders“, so Zöllick.

Die Ergebnisse im Detail:

Massive Ablehnung: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie von sieben auf 19 Prozent zum 1. Januar 2024 wird von 67,7 Prozent der Befragten und damit

einer absoluten Mehrheit als eher (29?,2%) oder absolut ungerechtfertigt (38?,5%) angesehen. Nur 19,8 Prozent empfinden dies als absolut (5,3?) oder eher gerechtfertigt (14,5?). 6,4 Prozent ist dies egal, 4,8 Prozent wissen es nicht, und 1,5 Prozent wollen dazu keine Auskunft tätigen.

Rückgang der Restaurantbesuche: 44,4 Prozent der Umfrageteilnehmer haben aufgrund der Mehrwertsteuerhöhung gastronomische Betriebe im Jahr 2024 seltener besucht als noch im Jahr zuvor, 45,7?Prozent haben dies nicht getan. 8,0 Prozent wissen es nicht und weitere 1,8 Prozent wollen sich nicht äußern.

Mehrwertsteuererhöhung trifft Geringverdiener besonders hart: Die Umfrage zeigt auch, dass vor allem Menschen mit niedrigerem Einkommen auf Restaurantbesuche verzichten müssen. 53,0 Prozent der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis 1.000 Euro gaben an, aufgrund der Mehrwertsteueranpassung seltener auswärts essen zu gehen. In der Einkommensklasse 4.000 Euro und mehr sagten dies ?nur? 38,7 Prozent. Somit trifft die Mehrwertsteuererhöhung gerade auch die ökonomisch schwächeren Haushalte.

Restaurants entscheidend für Lebensqualität: Das Vorhandensein von Restaurants, Wirtshäusern und/oder Biergärten für ihre Lebensqualität im jeweiligen Wohnort ist den Befragten zu 35,3 Prozent eher und zu 23,7 Prozent sehr wichtig. Dies ergibt eine absolute Mehrheit von 59,0 Prozent. Etwa ein Viertel (23,1?) ist hier neutral und lediglich 15,2?Prozent sind der Meinung, dass diese eher (8,5%) oder sehr unwichtig (6,7?) für ihre Lebensqualität sind. 2,7 Prozent können oder wollen sich nicht festlegen.

Gastronomiebetriebe haben größte Relevanz: Insgesamt 82,7 Prozent der Befragten würden es sehr (46,2%) beziehungsweise etwas (36,5%) bedauern, wenn gastronomische Betriebe in ihrer Region schließen müssten. Lediglich 11,4 Prozent würden kein Bedauern empfinden, 4,5 Prozent wissen es nicht und 1,4?Prozent wollen dazu keine Auskunft tätigen.

Essengehen ist fest verankert im Alltag der Menschen: 88,6 Prozent der Befragten geben an, dass sie die Gastronomie regelmäßig nutzen. Davon gehen 22,2 Prozent der Befragten einmal im Monat essen, 20,1 Prozent mehrmals im Monat, 11,0 Prozent einmal in der Woche und 5,2 Prozent mehrmals in der Woche. 30,1 Prozent der Umfrageteilnehmer gehen durchschnittlich seltener als einmal im Monat in Restaurants, Wirtshäuser oder Biergärten, um dort zu essen. Nur 8,9 Prozent nutzen gar nicht die Gastronomie. 2,4 Prozent können oder wollen sich dazu nicht äußern.

Die repräsentative Befragung von 2.002 Personen aus ganz Deutschland fand zwischen dem 13. und 16. Dezember 2024 statt.